

Treffer:

APA686 5 II 0355

Siehe APA668/18.06

18.Jun 03

PARLAMENT NATIONALRAT VERFASSUNG BUDGET FINANZEN

**Nationalrats-Tag endet mit Bekenntnis zum Österreich-Konvent
Utl.: Nur Grüne gegen Finanzierungsgesetz =**

Wien (APA) - Der Nationalrat hat zum Abschluss seiner mittwöchigen Beratungen die finanzielle Sicherung des **Österreich-Konvents** mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ und Freiheitlichen beschlossen. Dem Gremium zur Neugestaltung der Verfassung werden heuer 1,5 Millionen Euro und im kommenden Jahr zwei Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die Grünen begründeten ihre Ablehnung damit, dass als Mitarbeiter für den **Konvent** ausschließlich Personen aus den Ministerien herangezogen würden und keine öffentliche Ausschreibung erfolge.

Nationalratspräsident Andreas Khol (V) meinte in einem seiner raren Debattenbeiträge, er hoffe, dass die 70 Delegierten des Konvents in den kommenden 18 Monaten eine erneuerte Verfassung erarbeiten, die prägnant, vollständig, zeitgemäß unter Berücksichtigung der EU sein solle - und dies mit einem "hoffentlich übersichtlichen Grundrechtskatalog" und in verständlicher Sprache. Die Grundpfeiler der heutigen Verfassung sollten in jedem Fall aber erhalten werden, da sich diese bewährt und Demokratie und Frieden dauerhaft gesichert habe.

SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer erwartet von dem **Konvent**, nicht nur Einsparungsvorschläge vorzubringen, sondern sich auch und vor allem einer erhöhten Bürgernähe, einer Verstärkung des Persönlichkeitsschutz, der Abschaffung des Amtsgeheimnissen und einer effizienten Kontrolle zu widmen. Nicht fehlen dürfe auch eine grundsätzliche Diskussion über Staatsaufgaben und Staatsziele. "Nicht drücken" sollte sich der **Konvent** nach Wunsch Gusenbauers zusätzlich vor einer Reform des Legalitätsprinzips.

Vom freiheitlichen Klubchef Herbert Scheibner wurde die Hoffnung geäußert, dass eine "große, vielleicht epochale Änderung des Verfassungsgesetzes gelingen kann". Dafür müsse man aber die tagespolitische Ideen in die zweite Reihe stellen und versuchen, einen Konsens in vermutlich sehr schwierigen und umfassenden Materien zu finden. Zentral ist für Scheibner dabei eine Aufgabenkritik. Überlegen müsste man nach Ansicht des FP-Mandatars auch, wie die Instrumente der direkten Demokratie verbessert werden könnten.

Diesem Thema will sich auch Grünen-Vize Eva Glawischnig verstärkt widmen. Zudem trat sie für eine Modernisierung des Wahlrechts und eine Aktualisierung des Grundrechtskatalogs ein. Das Gesetz lehnten die Grünen ab, weil es aus ihrer Sicht nicht akzeptabel ist, dass die Büroarbeiter des Konvents ausschließlich aus den Ministerien kommen dürfen. Wenig begeistert ist Glawischnig auch davon, dass die Arbeit nicht im Rahmen einer parlamentarischen Enquete stattfindet sondern mit einem Gründungskonvent beim Bundeskanzler eröffnet wurde. Ungeachtet dieser Einwände werde man "konstruktiv versuchen", beim **Konvent** mitzugestalten.

(Schluss) bei/wea

APA686 2003-06-18/21:10

182110 Jun 03